

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 103. Ratssitzung vom 8. Juli 2020

2732. 2020/146

Weisung vom 06.05.2020:

Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2020

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2020 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Nachtragskredite I. Serie bewilligt:

Erfolgsrechnung	Betrag
1. Nachtragskredite	62 385 600
2. Kreditübertragungen	+38 653 300
	-40 668 300
Nachtragskredite brutto	60 370 600

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Betrag
1. Nachtragskredite	9 440 000
2. Kreditübertragungen	+8 155 000
	-6 140 000
Nachtragskredite brutto	11 455 000

Investitionsrechnung Finanzvermögen	Betrag
1. Nachtragskredite	–
2. Kreditübertragungen	+5 506 000
	-5 506 000
Nachtragskredite brutto	–

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

in der Erfolgsrechnung	Betrag
– den Nachtragskrediten von	62 385 600
– den Kreditübertragungen von	+38 653 300
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
– verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	-40 668 300
– Folgewirkungen aus den Nachtragskrediten und Kreditübertragungen	-4 256 100
so dass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von	56 114 500

in der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Betrag
– den Nachtragskrediten von	9 440 000
– den Kreditübertragungen von	+8 155 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-6 140 000
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–

so dass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	11 455 000
---	------------

in der Investitionsrechnung Finanzvermögen	Betrag
– den Nachtragskrediten von	–
– den Kreditübertragungen von auf anderen Konten gegenüberstehen:	+5 506 000
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–5 506 000
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
so dass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	–

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Felix Moser (Grüne) die Weisung zu den Nachtragskrediten I. Serie 2020 vor und vertritt die Mehrheit:

Felix Moser (Grüne): Mit den Nachtragskrediten I. Serie beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat Kredite von insgesamt 67,6 Millionen Franken. Davon belasten 56 Millionen Franken die Erfolgsrechnung und 11,5 Millionen Franken die Investitionsrechnung. Ein grosser Teil der Nachtragskredite ist eine Folge der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Diese Ausgaben waren nicht budgetiert und müssen nun mit den Nachtragskrediten genehmigt werden. Bei allen Krediten zu Corona-Massnahmen handelt es sich um dringliche Kredite. Der Stadtrat hat diese der RPK jeweils wie vorgesehen umgehend per Stadtratsbeschluss zugestellt. Mit den Nachtragskrediten ersucht er nun um nachträgliche Genehmigung. Total werden 37 Millionen Franken für Corona-Massnahmen beantragt. Dieser Betrag beinhaltet unter anderem 6,2 Millionen Franken für medizinisches Material wie Schutzmasken, Handschuhe und dergleichen, 20 Millionen Franken für die subsidiäre Finanzierung von Ertragsausfällen bei Kinderkrippen, Tagesfamilien, Hort, Mittagstisch und 15 Millionen Franken für die Nothilfe für Kleinstunternehmerinnen und Kleinstunternehmer, wobei dort ein Teil vom Kanton refinanziert wird. Bei jenen Nachtragskrediten, die nichts mit Corona zu tun haben, hat in der RPK unter anderem eine Stellenverschiebung im Schulamt zu Fragen geführt. Dazu gibt es ein Begleitpostulat, das wir im Anschluss behandeln werden. Es gibt keinen eigentlichen Antrag in den Nachtragskrediten dazu. Das Begleitpostulat bezieht sich auf den Antrag des Stadtrats und dieser Antrag hat zu Fragen geführt. Zur Investitionsrechnung: Auch hier führt die Corona-Pandemie zu Mehrausgaben. Unter anderem mussten im Triemli für die Intensivpflegestation medizinische Geräte angeschafft werden. Die RPK hat alle Nachtragskredite beraten. Dabei entstanden sechs Änderungsanträge. Diese werden wir anschliessend im Detail diskutieren. Ich spreche nun in meiner Rolle als Vertreter der Mehrheit: Die Mehrheit der RPK kann den Bedarf für die vorliegenden Nachtragskredite gesamthaft nachvollziehen. Im Detail mag es bei einigen wenigen Punkten andere Meinungen geben, aber die Mehrheit hält den wesentlichen Teil der Kredite für unbestritten, insbesondere auch alle Corona-Massnahmen. Deshalb beantragt die Mehrheit der RPK die Zustimmung zu den Krediten.

3 / 16

Kommissionsminderheit:

Susanne Brunner (SVP): *In grossen Teilen kann ich mich meinem Vorredner, dem Mehrheitsvertreter, anschliessen. Die Minderheit unterstützt die Nachtragskredite in den wesentlichen Teilen. Wir haben lediglich sechs punktuelle Änderungen, die wir im Anschluss erläutern werden. Sollten diese Änderungen nicht angenommen werden, sind wir gezwungen, die Nachtragskredite global integral abzulehnen.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite I. Serie 2020 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zur Dispositivziffer 1) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Nachtragskredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): *Die SVP fordert, dass der radikale Parkplatzabbau in der Stadt gestoppt wird. Dann müsste auch der Stadtrat in ausserordentlichen Lagen keine temporären Parkplätze zusätzlich mieten, zum Beispiel jene im Urania-Parkhaus, die dann wiederum anderen Verkehrsteilnehmenden nicht zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund lehnen wir die Nachtragskredite von 12 000 Franken ab, auch wenn dem Nachtragskredit einen Stadtratsbeschluss zugrunde liegt. Stephan Iten (SVP) wird in seinem Votum noch mehr zum radikalen Parkplatzabbau sagen.*

Florian Utz (SP): *Ich hätte nicht gedacht, dass ich einmal Ausgaben für Parkplatzmieten im Rat verteidigen muss. Es geht um einen Zusatzkredit für die Miete von Parkplätzen. Die Mehrheit der RPK, hält es für sinnvoll, dass man die Parkplätze gemietet hat. In der Corona-Krise war es tatsächlich schwieriger, den ÖV zu benutzen. Dass die Stadt Zürich für Angestellte in diesen aussergewöhnlichen Zeiten Parkplätze zur Verfügung stellte, die diese in normalen Zeiten nicht benötigen, hält die Mehrheit für sinnvoll und nachvollziehbar. Wenn man im Übrigen der SVP folgen würde, würde es nicht günstiger werden, sondern teurer, denn dann müsste man das ganze Jahr über Parkplätze mieten und den Angestellten zur Verfügung stellen. In diesem Sinne unterstützt die Mehrheit den Zusatzkredit.*

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): *Die Logik von Florian Utz (SP) geht nicht auf. Als ich den Antrag gelesen habe, ging ich zuerst von einem schlechten Scherz aus. Ich habe Fragen ge-*

stellt und gemerkt, dass es der Stadtrat durchaus ernst meint. Ich möchte daran erinnern, dass der Stadtrat, allen voran Stadtrat Richard Wolff, allein im aktuellen Jahr gegen 500 Parkplätze abgebaut hat. Bei diesen 500 Parkplätzen sind jene der permanenten Vorschriften des Sicherheitsdepartements noch nicht einmal einberechnet. Die SVP hat immer vor dem Parkplatzabbau gewarnt. Die Linken erkennen nun, auf was es hinausläuft. Wegen der Corona-Zeit war die Stadt Zürich plötzlich auf 180 zusätzliche Parkplätze angewiesen. Zum Thema Corona-Krise und Parkplätze haben wir übrigens auch noch eine Schriftliche Anfrage eingereicht. Gottseidank hat man für 160 Mitarbeitende der Stadt Zürich von Schutz und Rettung Parkplätze gefunden, auch wenn 130 dieser Parkplätze ausserhalb der Stadt lagen. Im Urania mussten zusätzliche 16 Parkplätze für unglaubliche 12 000 Franken gemietet werden. In den Antworten steht sogar, das sei noch gar nicht alles. Im Nachtragskredit II wird vermutlich erneut Geld eingestellt für zusätzlich gemietete Parkplätze. Meines Wissens steht jedem Vorsteher ein Parkplatz zur Verfügung. Falls Stadtrat Richard Wolff seinen Parkplatz nicht gebraucht hat, hätte er diesen zur Verfügung stellen können. Dann haben wir hier im Stadtrat noch 6 weitere Vorsteher, die das Auto nicht besonders cool finden. Sie haben ebenfalls Parkplätze erhalten und hätten diese zur Verfügung stellen können. Dann hätten wir von den 16 fehlenden Parkplätzen, die man hinzumieten musste, bereits 6 oder 7 abdecken können. Die SVP hat sich immer gegen den Parkplatzabbau gewehrt. Für die Parkplätze auf dem Münsterhof hat sich die SVP ebenfalls sehr stark eingesetzt. Wenn wir die 55 Parkplätze auf dem Münsterhof noch hätten, hätte man dort 9 bis 10 Parkplätze für Schutz und Rettung reservieren können. Dann hätten wir dort immer noch 40 Parkplätze gehabt, die man für systemrelevante Berufe, für Private oder das Gewerbe hätte verwenden können. Jahr für Jahr werden dem Steuerzahler mehrere hundert Parkplätze weggenommen. Und nun soll genau dieser Steuerzahler 12 000 Franken für Parkplätze bezahlen, die die Stadt zusätzlich mieten muss. Das ist nicht in Ordnung. Wir wollen den radikalen Parkplatzabbau beenden. Es ist endlich an der Zeit, dass man wieder mehr Parkplätze erstellt. Ausserordentliche Zeiten erfordern ausserordentliche Massnahmen und vor allem genügend Parkplätze. Wenn genügend Parkplätze vorhanden sind, kann man in ausserordentlichen Situationen auch einige Parkplätze für Mitarbeiter der Stadt Zürich reservieren, ohne dass es derart viel Geld kostet. Wir lehnen den Nachtragskredit ab.

Andreas Egli (FDP): Florian Utz (SP) hat seinem Erstaunen Ausdruck verliehen, dass er für Parkplätze votieren muss. Auch ich bin erstaunt. Zuerst haben wir eine Fraktionserklärung der SP und der GLP gehört, in der sie mehr Parkplätze am Zoo gefordert haben. Dann kam ein Votum der SP, die Geld für Parkplätze ausgeben möchte. Und auf der anderen Seite ein Votum der SVP, sie wolle kein Geld für Parkplätze ausgeben. Die FDP ist die einzige Partei, die konsistent ist mit ihrer Politik. Wir sind bereit, dieses Geld für die Parkplätze auszugeben. Wir anerkennen, dass die Stadt erkannt hat, dass Parkplätze systemrelevant sind. Nun müsste die Stadt noch erkennen, dass Parkplätze auch für Handel und Gewerbe in dieser Stadt systemrelevant sind. Es wäre schön, wenn einzelne Parlamentarier und Parlamentarierinnen der linken und linksgrünen Ratsseite dies ebenfalls erkennen würden.

Sven Sobernheim (GLP): Ich kann Andreas Egli (FDP) beruhigen: Niemand möchte das Parkhaus Urania schliessen. Unsere Parkhäuser sind aber derart schlecht ausgelastet, dass die Stadt sie noch mit Subventionen stützen muss. Das ist genau das, was wir von den städtischen Parkplätzen erwarten. Deshalb sind wir auch dabei, wenn der historische Parkplatzkompromiss überarbeitet wird. Ich hoffe, die anderen Parteien werden auch dabei sein.

S. 3	25 2550 3160 00 000	Sicherheitsdepartement Schutz & Rettung Miete und Pacht Liegenschaften		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	12 000		Mehrheit Vizepräsident Florian Utz (SP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Neu	0		Minderheit Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)
	Verbesserung	12 000		
	Begründung	Stopp des radikalen Parkplatzabbaus. Dann muss die Stadt in ausserordentlichen Lagen auch keine temporären Parkplätze mieten.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichen Mehr zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Elisabeth Schoch (FDP): Bei diesem Antrag geht es um 140 000 Franken auf ein Budget von rund 2 Millionen Franken. Wir sind der Meinung, dass man die 140 000 Franken problemlos einsparen kann. Während der Corona-Zeit konnte man nicht mehr alle Projekte umsetzen. Von daher sind wir der Meinung, dass es hier nicht kein Extra-Budget braucht.

Alan David Sangines (SP): Die Corona-Krise hat uns alle, aber vor allem das Gesundheitsdepartement vor riesige Herausforderungen gestellt. Ein wichtiger Aspekt zur Bekämpfung der Pandemie war es, die Ansteckungszahlen zu vermindern, was vor allem durch Abstand und Isolation erreicht wurde. Zu diesem Zweck hat die Stadt Kampagnen wie die «Bleib zu Hause»-Kampagne oder die Kampagne mit der Botschaft «Bleiben Sie zu Hause. Bitte. Alle.» lanciert. Die Kampagnen wurden in verschiedene Sprachen übersetzt und auf verschiedenen Kanälen verbreitet. Nach der Lockerung hat die Stadt die Botschaft angepasst auf «Schützen Sie sich, Schützen Sie andere.». Bisher wurden für

die Kampagnen in den beiden Konti etwas mehr als 60 000 Franken ausgegeben. Es ist aber unklar, wie lang die Pandemie noch dauern wird. Derzeit sehen die Zahlen nicht sehr gut aus. Es gibt viele Befürchtungen, dass es eine zweite Welle geben wird, die eine angepasste Informationskampagne notwendig machen könnte. Deshalb hat das GUD gesamthaft 140 000 Franken für allfällige Informationskampagnen budgetiert. Knapp die Hälfte davon wurde bis jetzt ausgegeben. Ob der Restbetrag benötigt wird, werden wir sehen. Falls er nicht nötig ist, erwarten wir vom GUD, dass das Geld auch nicht verwendet wird. Die Minderheit ist der Ansicht, dass aufgrund der Corona-Zeit andere Projekte zurückgestellt worden seien und darum die Kampagnen aus dem ordentlichen Budget bezahlen werden sollen. In der Budgetberatung 2020 haben wir die beiden Konti detailliert betrachtet und Fragen gestellt. Uns wurden alle Ausgaben aufgeschlüsselt. Die Minderheit sagt nun pauschal, dass man andere Projekte zurückstellen konnte und die Mittel dafür für die Corona-Kampagnen verwenden könne. Welche Mittel das seien, haben wir von der Minderheit nicht gehört. Es ist auch nicht ersichtlich, welche Projekte dieses Jahr wegen Corona nicht umgesetzt werden konnten. Grosse Posten sind zum Beispiel die Umsetzung der Altersstrategie oder rechtliche Begleitung der Zusammenlegung der Stadtspitäler. Die Altersstrategie wurde vor Kurzem öffentlich lanciert. Die Zusammenlegung der Stadtspitäler hat ebenfalls bereits begonnen und die Umsetzung ist in vollem Gang. Es ist etwas unseriös, zu fordern, man solle die Kampagnen für Corona aus dem ordentlichen Budget bezahlen, ohne zu benennen, welche Projekte zurückgestellt werden sollen.

S. 3	30 3000 3130 00 000 3132 00 000	Gesundheits- und Umweltdepartement Gesundheits- u. Umweltdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	100 000 40 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP)
	Neu	0	Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	140 000		
	Begründung	Die Mehrkosten von Fr. 140 000 sollen aus dem bestehenden Budget finanziert werden. Während der Coronakrise war der Normalbetrieb eingeschränkt und andere Themen in den Hintergrund gedrängt, weshalb hier Einsparungen vorgesehen werden können.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichen Mehr zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.1 Ordentliche Nachtragskredite

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphael Tschanz (FDP): Beim vorliegenden Antrag geht es um die bewegte Geschichte einer Planstelle. Es handelt sich um eine Stelle beim Präsidentialdepartement in der zentralen Verwaltung, die im Budget 2020 für das Projekt NEXPO eingestellt wurde. Damals wurde in Aussicht gestellt, dass uns diesbezüglich ein Stadtratsbeschluss vorgelegt würde. Das war bis heute nicht der Fall. Mit dem Nachtragskredit hat die Planstelle von der zentralen Verwaltung zur Stadtentwicklung gewechselt. Als wir im Dezember das Budget 2020 beraten haben, war eine Mehrheit der Meinung, dass man die Stelle nicht bewilligen sollte, solange keine Weisung vorgelegt wird. Damals waren die Grünen mit GLP, SVP, FDP noch der Meinung, es brauche zuerst eine Weisung. Meines Wissens ist diese Weisung immer noch nicht da. Vielleicht kann uns die Stadtpräsidentin Auskunft geben, wann die Weisung kommt. Die Stelle wurde nun in den Nachtragskrediten I wenige Monate nach der Budgetdebatte wieder eingestellt. Das ist die Problematik, die wir mit den Planstellen haben. Der Gemeinderat bewilligt das Geld, der Stadtrat hat die Kompetenz, die Planstellen zu schaffen. Wenn der Gemeinderat das Geld nicht bewilligt, bleibt die Planstelle. Es kommt vor, dass löbliche Ausnahmen wie das Sozialdepartement oder das Hochbaudepartement Planstellen zurückgenommen haben, als der Gemeinderat klar zum Ausdruck brachte, dass er diese Stellen reduzieren möchte. Bei dieser Stelle ist dies aber nicht der Fall. Man kann sich fragen, was die Stadtpräsidentin uns damit sagen möchte, wenn sie wenige Monate, nachdem sich eine Mehrheit gegen die Stelle aussprach, einen Nachtragskredit stellt, obwohl noch keine Weisung da ist. Ich interpretiere das so, dass die Stadtpräsidentin vom Gemeinderat und von den Beschlüssen des Gemeinderats entweder sehr wenig bis gar nichts hält. Ich tendiere zu letzterem.

Alan David Sangines (SP): 2017 haben sich zehn Schweizer Städte darauf geeinigt, im Jahr 2023 eine Landesausstellung durchzuführen. Das Projekt mit dem Namen NEXPO befindet sich bis im Jahr 2022 in einer Fundierungsphase, in der die verschiedenen Städte verschiedene Vorbereitungen und Evaluationen treffen. Wir haben die Budgetierung dafür im Budget 2020 besprochen und der Gemeinderat hat die beantragte Stelle mit der Argumentation gestrichen, der Stadtrat solle zuerst eine Weisung vorlegen. Die Stadt Zürich hat das Präsidium der NEXPO inne. Sie hat versucht, ihre bisherige Tätigkeit mit den bestehenden Ressourcen zu erfüllen. Das Projekt ist nun aber noch konkreter geworden. Zudem wird die Stadt ein Pilotprojekt zum NEXPO-Kernthema Ökologie und Freiräume durchführen. Es hat sich herausgestellt, dass dies mit den bestehenden Ressourcen nicht mehr möglich ist. Die Welt hat sich seit der Budgetdebatte von damals weitergedreht. Wir haben in der RPK nachgefragt, wo die Weisung bleibe. Die Antwort lautete, die Weisung käme 2022 und man müsse zunächst Fakten dafür sammeln. Die Antwort auf die Frage, die Raphael Tschanz (FDP) in seinem Votum gestellt hat, ist in unserem RPK-Tool nachzulesen. Eine gute Vorbereitung für einen definitiven Entscheid

zur Umsetzung der NEXPO braucht gute Evaluationen und Pilotprojekte. Die Informationen werden anschliessend in eine Gemeinderatsweisung fliessen, die für eine definitive Umsetzung der NEXPO notwendig wird. Der Gemeinderat wird ausführlich über das Projekt debattieren können, wenn alle Fakten vorliegen. Die Mehrheit der RPK erachtet die bisherigen Bemühungen und Konkretisierungen der Stadt für das Projekt NEXPO als nachvollziehbar. Von dem, was wir bisher gelesen und gehört haben, handelt es sich bei der NEXPO gerade aus städtischer Sicht um ein progressives und interessantes Projekt. Mit Blick auf eine Gemeinderatsweisung zur Umsetzung der NEXPO erachten wir die beantragte Projektstelle als gerechtfertigt, um in der Fundierungsphase alle notwendigen Informationen und Pilotprojekte zu sammeln, zu evaluieren und dem Gemeinderat vorzustellen, sodass der Gemeinderat dann unter Kenntnis aller Fakten dazu entscheiden kann, ob er seine Zustimmung geben will.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Ich möchte zur Begründung der Minderheit noch eine Präzisierung anbringen. Es ist eine etwas technokratische Betrachtung, aber der Gemeinderat hat tatsächlich im Rahmen des Budgets beschlossen, dass man die Stelle nicht bewilligen will und zuerst eine Weisung haben möchte. Natürlich kann man sagen, dass in der Zwischenzeit zusätzliche Informationen hinzukamen. Der GLP geht es aber nicht primär um diesen Punkt. Es ist sicherlich ein Projekt, das zukunftsgerichtet ist. Aber dass man nun als Stadt in Vorleistung gehen und explizit noch eine zusätzliche Stelle schaffen muss, erachten wir in der aktuellen Lage nicht als opportun. Das ist aber keineswegs als ein Präjudiz zu betrachten für das NEXPO-Vorhaben per se. Wir werden das Projekt unter Umständen auch unterstützen. Aber den Zeitpunkt, um jetzt eine neue Stelle zu schaffen, erachten wir nicht als richtig.

Ernst Danner (EVP): Die EVP ist zum Schluss gekommen, dass wir in der Budgetdebatte, bei der wir für die Streichung dieser Stelle gestimmt haben, richtig gestimmt haben. Das tut mir etwas leid. Stadtpräsidentin Corine Mauch war immer sehr nett zu uns – sowohl, während wir im Gemeinderat waren und teilweise noch Mehrheiten gebildet haben, aber auch danach, als es auf uns nicht mehr ankam. Der Grund, dass wir in der Ablehnung bleiben, ist: Wenn der Rat entschieden hat, dass es keine Stelle gibt, dann muss man unserer Meinung nach Wege suchen, wie man ein Ziel, das man erreichen will, auch ohne die entsprechenden Mittel erreichen kann. In einer Verwaltung wie der Stadt Zürich sollte man ohne Zusatzkredite Wege finden, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Ein zweiter Punkt: Ich habe mich auf dem NEXPO-Internetauftritt umgesehen und hatte den Eindruck, dass der Groove rund um das Projekt nicht ganz meine Welt ist. Das kann sich aber auch noch ändern. Ich habe nur die Befürchtung, dass sich mit dem Groove, der sich nun im NEXPO-Auftritt befindet, vielleicht ein Viertel oder ein Drittel der Bevölkerung nicht unbedingt angesprochen fühlt. Ich wäre froh, wenn man das noch überprüfen würde, damit es wirklich eine NEXPO gibt, die für die ganze Bevölkerung ist.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung:

STP Corine Mauch: Die Ausführungen sind teilweise durchaus zutreffend. Zürich hat zusammen mit den neun anderen grössten Schweizer Städten als Gründungsmitglied den Verein NEXPO gegründet. In diesem Projekt blicken wir in die Zukunft. Wir wollen uns mit dem Gemeinsinn und mit dem guten Miteinander in unserem Land befassen. Die auf drei Jahre befristete 80 %-Stelle für die Projektleitung beantragen wir nun in den Nachtragskrediten. Die Stelle ist wichtig für das Projekt. Als grösste Schweizer Stadt könnten wir ohne die zusätzlichen und befristeten personellen Ressourcen unsere Aktivitäten von Zürich her mit unseren Themen, die wir im Projekt einbringen möchten, nicht mehr einbringen. Wir würden in eine Passivrolle gedrängt. Wir wären zwar noch als Vereinsmitglied im übergeordneten Gesamtprojekt dabei, aber wir könnten unsere eigenen Projekte und die Themen, die unsere Stadt beschäftigen, nicht mehr gestaltend einbringen. Die NEXPO als Projekt hat von Anfang an nach einem gänzlich neuen Prinzip für eine Landesausstellung funktioniert. Bottom-up, dezentral, partizipativ, das ist sehr wichtig, und evolutiv – etwas, das sich in Phasen weiterentwickelt. Es ist ein Prozess und nicht ein Ereignis, das an einem bestimmten Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt als ein riesiger Anlass mit einem grossen Infrastrukturaufwand produziert wird. Es ist dezentral und getragen von Bottom-up. Es sollen von Jahr zu Jahr an immer mehr Orten in der Schweiz NEXPO-Projekte und -Aktivitäten sichtbar werden. Sie sollen gemeinsam in einem Höhepunkt münden, der in allen Landesteilen, in kleinen Gemeinden, in grossen Gemeinden, Regionen und Kantonen stattfindet. Die NEXPO ist unterteilt in sechs Phasen. Die nun laufende Lancierungsphase läuft im Herbst dieses Jahres aus, die nächste Phase ist die sogenannte Fundierungsphase bis ins Jahr 2022. Die Stadtpräsidentinnen und -präsidenten der zehn Städte bilden zusammen den Vorstand. Das ist der dezentrale Ansatz, den wir haben. Für die Unterstützung müssen die Städte dezentral in ihren Städten besorgt sein. Der Verein, das übergeordnete Dach, ist zuständig für die inhaltliche Weiterentwicklung des gesamten Expo-übergeordneten Projekts, für die Kommunikation und für die Verankerung und die Finanzierung bei Bund und weiteren Partnerinnen. Die Städte führen Pilotprojekte durch. Das ist das, was nun ansteht. Die Städte sind für die Verankerung inklusive Finanzierung bei den Städten und den Standortkantonen verantwortlich. Die 10 Gründerstädte reichen von St. Gallen bis Genf und von Basel bis Lugano. Es ist das erste Mal eine Landesausstellung, die wirklich das ganze Land umfasst. Zu den Gründerstädten wollen inzwischen auch sieben weitere Städte dazu kommen und haben ihr Interesse bei uns angemeldet: Aarau, Chur, Fribourg, Neuchâtel, La Chaux-de-Fonds, Schaffhausen und Uster. Auch sie wollen Teil des Projekts sein. Mit diesen Städten sind nun auch alle vier Sprachregionen in unserem Land im Projekt vertreten. Wir wollen als Pilotprojekt etwas zum Thema Ökologie und Freiräume machen und sind hierzu auch mit der Stadt Winterthur im Austausch. Wir brauchen die befristete Stelle, um den eigenen Beitrag der Stadt Zürich in der nächsten anstehenden Phase des Projekts leisten zu können. Es stimmt, dass die Stelle im Budget eingestellt wurde und daraufhin vom Gemeinderat abgelehnt wurde. Gerade die RPK-Mitglieder kennen aber die geltenden finanzrechtlichen Kompetenzordnungen. Wenn wir mit einem Einmalbeitrag unter 2 Millionen Franken sind, liegt der Entscheid in Stadtratskompetenz. Das heisst: ich darf gar keine Weisung in den Gemeinderat bringen, bevor etwas in seiner Kompetenz ist. Es ist aber auch klar, dass das Projekt in der nächsten Phase die Kompetenz des Gemeinderats betreffen wird. Ich beabsichtige, dann eine Weisung in den Rat zu bringen. Ich habe den Wunsch des Gemeinderats nach einer Weisung sehr wohl

gehört – den Wunsch nach einer frühzeitigen Mitsprache, einem frühzeitigen Einbezug. Wenn wir auf diesem Weg weiterfahren können, schlagen wir deshalb einen Beirat vor aus Mitgliedern des Gemeinderats von allen Gruppierungen und Fraktionen, die interessiert sind, sich in das Zürcher Pilotprojekt einzubringen. Das Projekt hat ein grosses Potenzial. Ich bin überzeugt: Wir können es als Stadt Zürich mitgestalten. Ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrats und der RPK-Mehrheit zu folgen.

Weitere Wortmeldung:

Susanne Brunner (SVP): Die Stadtpräsidentin hat uns detailliert und in schönen Worten vom NEXPO-Projekt berichtet. Auf der anderen Seite gab es in der aktuellen Sitzung bereits viele Voten zum Thema Corona. Mir kommt es vor, als wäre die Corona-Pandemie beim Stadtrat und bei der Stadtpräsidentin noch nicht angekommen. Zürich wird in riesige finanzielle Probleme geraten. Auch die vielen anderen Städte, von St. Gallen über La Chaux-de-Fonds bis Genf, die Interesse am Projekt haben, werden in grosse finanzielle Probleme geraten. Warum machen wir Landesausstellungen? Ich erinnere mich noch gut an die Expo 02, an den Würfel in Murten, an die Wolke in Yverdon. Man kann heute mit jemandem darüber sprechen, obwohl man diese Personen vor 18 Jahren noch nicht gekannt hat. Man hat mit der Expo eine Gemeinsamkeit. Eine Landesausstellung schafft gemeinsame Erlebnisse. Es handelt sich um eine gute Sache. Aber noch besser ist es, wenn man sie sich auch tatsächlich leisten kann. Die Stadt Zürich ist finanziell nicht in der Lage, hier noch mit der grossen Kelle anzurichten. Es ist auch gar nicht nötig. Wir teilen 2020 bereits mit dem ganzen Land ein gemeinsames Erlebnis: die Corona-Pandemie und den Lockdown. Diese Zeit hat die Solidarität in unserer Gesellschaft herausgefordert und gefördert. Ich bin der Meinung, dies sind genügend gemeinsame Erlebnisse. Wir müssen den Gürtel nun enger schnallen und auf Wunschprojekte wie eine NEXPO verzichten.

S. 6	15	Präsidialdepartement		
	1505	Stadtentwicklung		
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
	3050 00 000	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten		
	3052 00 000	AG-Beiträge an Pensionskassen		
	3053 00 000	AG-Beiträge an Unfall- u. Personal-Haftpflichtversicherungen		
	3054 00 000	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	39 200 2 500 4 500 200 500	Mehrheit	Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP)
	Neu	0	Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP)
	Verbesserung	46 900		

	Begründung	Keine zusätzliche Stelle für NEXPO, zuerst soll eine Weisung über die NEXPO dem Gemeinderat vorgelegt werden.
--	------------	---

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Susanne Brunner (SVP): Bei diesem Nachtragskredit geht es um einen Stellenausbau in der Direktion HRZ. Wie erwähnt befinden wir uns in einer schweren Wirtschaftskrise. In dieser Situation gibt es keinen Spielraum für einen Stellenausbau in der Stadtverwaltung auch nicht in der Direktion HRZ für die Führung von HR-Projekten. Jeder Stellenausbau verursacht wiederkehrende Kosten für die Stadt. Wir müssen und dürfen nun den Gürtel enger schnallen, denn die Zeiten der übersprudelnden Steuereinnahmen sind vorbei. Die SVP-Fraktion und die Minderheit lehnen den Stellenausbau deshalb ab.

Shaibal Roy (GLP): Es geht um die Einführung einer Stelle, die vor allem die Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche mit einer neuen Lohnsteuerung unterstützen sollte. Es wird ein stadtweites Vorhaben sein, ebenfalls wie die HR-IT-Vorhaben, die auf SAP basieren. Das bedingt eine vermehrte Zusammenarbeit, eine strategische Begleitung sowie eine Koordination zwischen den verschiedenen Stakeholdern. Es ist ein wichtiges Projekt für die Stadt. Deshalb ist es auch nachvollziehbar, dass es dafür eine spezifische Stelle und ein Kompetenzzentrum braucht. Der Mehrwert der Erarbeitung von möglichst einheitlich und breit abgestützten Lösungen soll auch dazu führen, dass man eine breite, hohe politische Akzeptanz in allen relevanten Personalthemen hat. Das ist für uns in der Stadt sehr wichtig. Deshalb beantragt die Mehrheit der RPK die Zustimmung zu diesem Nachtragskreditantrag.

S. 8	20 2050 3010 00 000 3050 00 000 3052 00 000 3053 00 000 3054 00 000	Finanzdepartement Human Resources Management Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten AG-Beiträge an Pensionskassen AG-Beiträge an Unfall- u. Personal-Haftpflichtversicherungen AG-Beiträge an Familienausgleichskasse			
4)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	60 900 3 900 6 200 200		Mehrheit	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP),

		700		Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0	Minderheit	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	71 900		
	Begründung	Verzichtsplanung für die Besetzung von Stellen und Nutzung der Fluktuation zum Abbau des Stellenbestands (Postulat GR Nr. 2020/226).		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichen Mehr zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Es geht um eine Planstellenschaffung für die Projektleitung im Zusammenhang mit dem Tiefbauamt im «Express-Team». Das Team soll verstärkt werden. Die SVP fordert, dass kein weiterer Stellenausbau vorgenommen wird, sondern eine Verzichtsplanung von Stellen und die Nutzung von Fluktuationen zum Abbau von einem Stellenbestand durchgeführt wird, so wie wir es im Postulat GR Nr. 2020/226 gefordert haben. Deshalb lehnt die SVP den Nachtragskredit von insgesamt 51 700 Franken ab.

Florian Utz (SP): Das «Express-Team» dient dazu, mehr Sicherheit für den Veloverkehr zu schaffen. Die Anzahl von Verunfallten im Veloverkehr hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Wir haben ein reales Problem. Dass der Stadtrat dieses Problem durch Stellenschaffung für das «Express-Team» angeht, ist sowohl sehr begrüssenswert als auch absolut überfällig. Wir applaudieren dem Stadtrat, dass er handelt und unterstützen das Vorgehen, um diese Stellen und damit wiederum auch mehr Sicherheit zu schaffen.

S. 8	25 2555 3010 00 000 3050 00 000 3052 00 000 3053 00 000 3054 00 000	Sicherheitsdepartement Dienstabteilung Verkehr Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten AG-Beiträge an Pensionskassen AG-Beiträge an Unfall- u. Personal-Haftpflichtversicherungen AG-Beiträge an Familienausgleichskasse
5)	Anträge der RPK	

	Antrag Stadtrat	43 000 2 700 5 500 100 400	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shai-bal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	51 700		
	Begründung	Verzichtsplanung für die Besetzung von Stellen und Nutzung der Fluktuation zum Abbau des Stellenbestands (Postulat GR Nr. 2020/226).		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichen Mehr zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): *Es geht wiederum um einen Stellenausbau. Ich verweise auf das Postulat, das ich im vorhergehenden Votum bezüglich Verzichtsplanung von Schaffung von neuen Stellen erwähnt habe. Zudem lehnen wir die 250 000 Franken Nachkredit mit der Argumentation ab, dass es in die Kompetenz des Bundes fällt, zu entscheiden, wo und wie minderjährige Flüchtlinge untergebracht werden.*

Alan David Sangines (SP): *Das Thema unbegleitete minderjährige Asylsuchende und Bundesasylzentrum ist eine Zangengeburt. Eine Zangengeburt, die andauert. Im Testbetrieb hat das Staatssekretariat für Migration zuerst gar keine Betreuung für unbegleitete Minderjährige vorgesehen. Auf Drängen der AOZ wurde dann ein Pilotprojekt lanciert, in dem eine gewisse Betreuung vorgesehen wurde – aber immer noch viel zu wenig. Auch eine externe Evaluation ergab, dass die personellen Ressourcen viel zu gering waren. Daraufhin ging das Staatssekretariat für Migration nochmals über die Bücher, stockte die personellen Ressourcen bescheiden auf und arbeitet nun an einem Konzept. Das Staatssekretariat für Migration sah bisher wenig Priorität, um die besonders verletzte Kategorie von Asylsuchenden, nämlich unbegleitete Minderjährige, adäquat zu betreuen. Das Staatssekretariat für Migration muss geradezu zur Leistung eines absoluten Minimums gedrängt werden. Selbst nach kritischen Evaluationen von Dritten scheint es immer noch zu zögern. In diesem Zusammenhang ist darum auch der Antrag der Minderheit, die Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen mit den bestehenden Ressourcen sicherzustellen, nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil. Dass Kinder und Jugendlichen mehr Betreuung benötigen, sollte allen klar sein, die sich auch nur ansatzweise mit dem Thema beschäftigt haben. Deshalb ist es auch ein positiver Schritt, dass die Stadt mit dem Nachtragskredit drei Stellenwerte Sozialpädagogik schaffen möchte, um ergänzend zur ungenügenden Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen im Bundesasylzentrum*

diese zusätzlich zu betreuen und damit auch dringend notwendige Bereiche abzudecken, die die unzureichende Betreuung des Bundesasylzentrums nicht abdeckt, wie etwa Tagesstrukturangebote, Freizeitaktivitäten, Aufgabenhilfe, Vernetzung mit bestehenden Jugendhilfeangeboten, psychosoziale Betreuung. Unbegleitete Minderjährige sind eine besonders verletzbare und gefährdete Kategorie von Asylsuchenden. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch im Einklang mit der Kinderrechtskonvention sicherstellen, dass, wo Mangel an Betreuung herrscht, die Stadt interveniert und notfalls auch einspringt, bis das Staatssekretariat für Migration einen anständigen Betreuungsschlüssel vorsieht.

S. 16	55 5500 3634 00 105	Sozialdepartement Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an AOZ für besondere städtische Integrationsleistungen		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	250 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP)
	Neu	0	Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	250 000		
	Begründung	Kein weiterer Stellenausbau. Mit den vom SEM vorgegebenen Stellen in der MNA-Betreuung auskommen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichen Mehr zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2020 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Nachtragskredite I. Serie bewilligt:

Erfolgsrechnung	Betrag
1. Nachtragskredite	62 385 600
2. Kreditübertragungen	+38 653 300
	-40 668 300
Nachtragskredite brutto	60 370 600

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Betrag
1. Nachtragskredite	9 440 000
2. Kreditübertragungen	+8 155 000
	-6 140 000
Nachtragskredite brutto	11 455 000

Investitionsrechnung Finanzvermögen	Betrag
1. Nachtragskredite	-
2. Kreditübertragungen	+5 506 000
	-5 506 000
Nachtragskredite brutto	-

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

in der Erfolgsrechnung	Betrag
- den Nachtragskrediten von	62 385 600
- den Kreditübertragungen von	+38 653 300
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
- verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	-40 668 300
- Folgewirkungen aus den Nachtragskrediten und Kreditübertragungen	-4 256 100
so dass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von	56 114 500

in der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Betrag
- den Nachtragskrediten von	9 440 000
- den Kreditübertragungen von	+8 155 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
- verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-6 140 000
- Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	-
so dass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	11 455 000

in der Investitionsrechnung Finanzvermögen	Betrag
- den Nachtragskrediten von	-
- den Kreditübertragungen von	+5 506 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
- verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-5 506 000



16 / 16

– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
so dass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	–

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 15. Juli 2020 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat